

Landtagswahlen am 13. März 2016 – Teilnahme ist Pflicht

Liebe Leserinnen und Leser,

wir stehen unmittelbar vor den Landtagswahlen. Das Wahlgetöse ist unüberhörbar, die Straßenränder sind mit Plakaten gespickt. Podiumsdiskussionen, TV-Duell; medial ist der Wahlkampf in die Wohnzimmer der Bürger durchgedrungen. Zumindest, wenn man das entsprechende Programm einschaltet.

Leider ist es aber so, dass viele Bürgerinnen und Bürger ein anderes Programm gewählt haben. Die Politikverdrossenheit in Deutschland nimmt einen so großen Anteil ein, dass dadurch unsere Demokratie Schaden nimmt. Wahlbeteiligungen von knapp über 40 Prozent wie bei der OB-Wahl in Köln sind ein Beleg für diese Entwicklung. Während die Gruppe der Nichtwähler steigt, sinkt die Zahl der Wähler. Damit nimmt die Legitimation der politischen Mandatsträger ab, denn immer weniger Menschen bestimmen darüber, wer beispielsweise unser Land regiert. Gepaart mit einer zunehmenden Gruppe an Protestwählern, die scheinbar ohne „Hirn“ populistischen Gruppierungen ihre Stimme geben und dabei aus der Geschichte Deutschlands keine Lehren gezogen haben, ist dies eine hochexplosive Mischung.

In den vergangenen Jahren konnten wir sozusagen live miterleben, wenn eine Atomkatastrophe und ein gefühltes Missfallen politischer Spitzenkandidaten die Politik eines Landes bestimmen. Und nach fünf Jahren könnte es uns ähnlich ergehen. Heuer ist es eine Flüchtlingskatastrophe, die vielen Bürgerinnen und Bürgern Angst macht. Verbunden mit medial empfundener Sympathie und gesunkener Bereitschaft, sich mit Inhalten auseinander zu setzen.

Wenn in unserer Satzung steht, dass wir parteipolitisch neutral und unabhängig sind, dann heißt das nicht, dass wir keine politische Meinung haben oder gar das, was politisch passiert, unreflektiert lassen dürfen. Ganz im Gegenteil. Seit jeher sind wir aufgefordert, den politischen Verantwortlichen über die Schulter zu schauen. Forderungen für unsere Mitglieder zu stellen, damit deren Lebensbedingungen und die Arbeitsbedingungen verbessert werden, gehören zum Kerngeschäft. Den Finger in die Wunde legen, mit Zahlen – Daten – Fakten die Politik zu begleiten, zu beraten (wenn man es zulässt), sich Gehör zu verschaffen (auch wenn man nicht gehört werden will), das ist ein Teil unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit. In den vergangenen Ausgaben des Polizeispiegels kann man dies eindrucksvoll nachvollziehen.

Ich will dabei auch an dieser Stelle keinen Hehl daraus machen, dass wir in den vergangenen fünf Jahren wenig Freude mit dieser Landesregierung hatten. Vielleicht war die Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien auf einem Höhepunkt angelangt. Noch nie, so mein persönlicher Eindruck, wurden

aber auch so gegen die Beschäftigten der Polizei strukturelle Veränderungen vorgenommen, die nicht nur im dienstlichen Bereich, sondern weit in unser Privatleben Auswirkungen entfaltet. Noch nie waren die Eingriffe in unsere sozialen Belange so hart wie in den vergangenen Jahren. Alleine die Absenkung der Beihilfe auf 50 Prozent – auch für Kinder –, die Absenkung der Eingangsbesoldung und weitere über alle Maßen vollzogenen finanziellen Einschnitte haben teilweise tiefe Kerben hinterlassen. Daran ändert es auch nichts, wenn man auf der persönlichen Ebene ganz gut miteinander umgehen konnte. Aber auch dies beschränkt sich auf wenige politische Akteure.

Wir leiden als Polizei unter einem unglaublichen politischen Misstrauen und Gesetzen, die weder einer will noch braucht. Wir leiden unter Beteiligungsdefiziten im Gesetzgebungsverfahren. Wir leiden unter einer dogmatischen Politik, die nicht in der Lage ist, sich selbst zu reflektieren und lageangepasst zu reagieren. Wir leiden unter einer Politik, die höchstens in Etappen regiert. Wir leiden unter einer Politik, die nur unter dem medialen Einfluss steigender Phänomene handelt. Wir leiden unter einer Politik, die nicht mehr darauf hört, was die Basis dazu sagen möchte und kann. Wir leiden unter einer Politik, die mehr denn je sich zu einer „Basta“-Politik entwickelt hat. Wir leiden unter einer Politik, die sich immer mehr von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den Polizeibeschäftigten entfernt hat. Wir leiden unter einer Politik, die sich in den letzten Jahren mehr denn je von dem Anspruch und



> Ralf Kusterer

dem Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge entfernte, und dazu gehört auch, Innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das Sicherheitsgefühl war noch nie so schlecht wie heute. Noch nie habe ich eine so schlechte Stimmung an der polizeilichen Basis empfunden. Die Gründe dafür sind vielfältig, vielleicht auch nicht immer politisch begründet. Aber sie sind in vielen Fällen auch politisch veranlasst.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben am 13. März 2016 die Gelegenheit, ihren Arbeitgeber, ihren Chef selbst zu wählen. Sie werden das Erlebte der vergangenen fünf Jahre auf die Waage legen. Sie werden Versprechungen auf die Waage legen und schauen, was dabei herausgekommen ist. Sie werden vielleicht ihre finanzielle Situation betrachten. Sie werden vielleicht ihre Gesundheitsvorsorge betrachten. Sie werden schauen, welche Perspektiven sie im Alter haben. Und sie werden sich hoffentlich informieren, weniger auf Plakate und schöne Worte achten. Und Sie werden hoffentlich am 13. März 2016 an der Wahlurne oder zuvor in der Briefwahl Ihre Stimme abgeben.

Darum will ich Sie alle von Herzen bitten: Wählen ist eine Pflichtaufgabe – auch wenn die Teilnahme freiwillig ist. Sie und wir alle müssen die nächsten fünf Jahre mit diesem Ergebnis leben (können).

Ihr/Euer Ralf Kusterer

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.5710
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.245141
Telefax 0711.2361053
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



DPoIG BW

> DPoIG-Leitungsmitglied Sven Heinz, FDP-Landesvorsitzender Michael Theurer, DPoIG-Chef Ralf Kusterer, FDP-Spitzenkandidat Dr. Hans-Ulrich Rülke, stellvertretender Landesvorsitzender Jürgen Engel (von links)

Im Gespräch

DPoIG mit dem Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden der FDP, Dr. Hans-Ulrich Rülke, und dem FDP-Landesvorsitzenden Michael Theurer

+++ FDP stimmt in vielen Punkten mit der Deutschen Polizeigewerkschaft überein +++ Klare Zusagen zur Basisbeteiligung in der Polizeireform +++ Positive Signale für einen deutlichen Ausbau der Bildungseinrichtungen und Stärkung des Hochschulstandortes VS +++ Mindestens 1 000 Stellen mehr +++ Nein zur Kennzeichnungspflicht +++ Nein zum Polizeibeauftragten +++

Zu einem Antrittsgespräch sind Vertreter der FDP Baden-Württemberg und der neu gewählten Landesleitung der DPoIG Baden-Württemberg zusammengekommen. Unser Landesvorsitzender Ralf Kusterer empfing auf der DPoIG-Landesgeschäftsstelle in Stuttgart den Vorsitzenden der FDP Baden-Württemberg und Mitglied im Bundespräsidium der FDP, Michael Theurer (MdEP), sowie den FDP-Spitzenkandidaten bei der bevorstehenden Landtagswahl und Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg, Dr. Hans-Ulrich Rülke (MdL). Mit dabei waren auch Dr. jur. Christian Lange, Parlamentarischer Berater der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, sowie die persönlichen Assistenten der beiden Parlamentarier. Vonseiten der DPoIG nahmen Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender, und Sven Heinz, Mitglied der Landesleitung, an dem Gespräch teil.

In einer angenehmen Gesprächsatmosphäre wurden vonseiten der DPoIG-Vertreter auch kritische Punkte nicht ausgespart. Ralf Kusterer kam auf mannigfache Themen zu sprechen und nahm kein Blatt vor den Mund, den Besuchern die derzeit dringlichsten Spannungsfelder bei den über 30 000 Bediensteten der Polizei des Landes anschaulich aufzuzeigen. Einigkeit bestand darüber, dass die Aufrechterhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Ordnung eine der obersten Aufgaben beider Gesprächspartner sei und dass beim viel zitierten Thema Innere Sicherheit die beiden Aufgabenfelder Freiheit und Sicherheit eng miteinander verbunden sind. Mit ihrer Haltung, die Auswirkungen der Polizeireform unter Einbindung der Basis und der Interessenverbände genauestens zu betrachten und wo nötig, nachjustieren zu wollen, sei die FDP auf einem gutem Weg, so Kusterer. Auch über dringend benötigte Nachbesserungen

beim Personal und der Schutzausstattung bestand Einvernehmen. **Die liberalen Gäste bekräftigten, die abgesenkte Eingangsbesoldung der grün-roten Landesregierung wieder zurückzunehmen.** Konsens bestand auch über einen dringend gebotenen Ausbau und eine Modernisierung der polizeilichen Bildungseinrichtungen. Beides werde, so Kusterer, unmittelbare Auswirkungen auf die Bewerberlage haben. Wie

der gesamte öffentliche Dienst stehe auch die Polizei im Wettstreit mit der freien Wirtschaft um die klügsten und besten Nachwuchskräfte. „Denen müssen wir etwas bieten“, so Kusterer. „Dabei brauchen wir einen starken Hochschulstandort, der den heutigen Anforderungen auch gerecht wird, mit modernen Lehrsälen und einer zeitgemäßen Unterbringung. Der Campus bietet dazu die notwendigen Möglichkeiten.“ ■



FDP

> Landesleitungsmitglied Sven Heinz im Gespräch mit dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner (MdL). Heinz dankte Lindner für seine bekenkende Aussage im Januar 2016, wonach auch er eine Videoüberwachung an Brennpunkten wie dem Kölner Hauptbahnhof für notwendig erachte.



> Gerhard Regele, Ralf Kusterer, Guido Wolf, Thomas Blenke (von links)

Im Gespräch

Die DPoIG mit dem Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden der CDU, Guido Wolf, und CDU-Sprecher Thomas Blenke

+++ CDU präsentiert sich als Partei der Inneren Sicherheit +++ Klare Ansagen zur Überprüfung der Polizeireform und Behebung von Defiziten +++ Positive Signale für die Bildungseinrichtungen +++ Polizei personell und materiell stärken +++ 1 500 Stellen mehr +++ Nein zur Kennzeichnungspflicht und zum Polizeibeauftragten +++ Gewalt gegen Polizeibeamte stoppen +++

Zu einem Gespräch über die aktuelle Situation und welche Schritte für eine deutliche Verbesserung der Inneren Sicherheit zu ergreifen sind, haben sich der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, der CDU-Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende Guido Wolf, der innenpolitische Sprecher Thomas Blenke und der Vorsitzende des Arbeitskreises Polizei der CDU, Gerhard Regele, in Stuttgart getroffen.

Zuhören und den Sachverstand der DPoIG mit in den politischen Meinungsbildungsprozess aufnehmen, um zu tatsächlichen Verbesserungen zu kommen. Das ist das Anliegen des CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf. Mit gewohnt klaren Worten zeichnete Wolf entschlossen seine Positionen auf. „Die grün-rote Polizeireform hat gewachsene Strukturen zerschlagen und die Polizei von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort entfernt“, so

Guido Wolf. Mit Blick auf die Sicherheitslage in Deutschland und in Baden-Württemberg nannte Guido Wolf die Schwerpunkte aus dem Wahlprogramm: **1 500 neue Stellen für die Polizei sowie eine bessere technische Ausstattung und Besoldung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Land.** Dabei legt er besonderen Wert auf die Situation der Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten in der Polizei. Unterstützt vom innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke, der freimütig bekennt: „Wir vertrauen unseren Polizeibeschäftigten. Ich habe höchsten Respekt vor der Leistung des Polizeiteams. Ob Verwaltungsbeamte, Polizeibeamte oder Tarifbeschäftigte. Beim ‚Danke‘ allein darf und wird es mit einer CDU-geführten Regierung nicht bleiben.“

Einig waren sich die Vertreter der CDU mit dem DPoIG-Lan-

desvorsitzenden Ralf Kusterer, dass man den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken sollte, wie es aktuell um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger steht. Gemeinsames Ziel muss sein, in einer Zeit wachsender Gefahren weiterhin die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zu gewähren. Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs fühlen sich so unsicher wie noch nie, das muss sich ändern. „Nicht nur gefühlt, sondern ganz real“, so kom-

mentierte der Abgeordnete Blenke seine Situationsbeschreibung. Dabei kritisierte er Veröffentlichungen des Innenministers, die erst auf den zweiten Blick zeigten, dass mancher Statistikwert mehrere Jahre nach der Landtagswahl liegt. Blenke wörtlich: „Das ist so wie mit den zwei Polizeibeamten mehr pro Revier. Gesehen hat die noch keiner. Weder der Bürger noch die Polizeikollegen, die dringend auf Unterstützung warten. Und das nicht nur auf dem Papier.“ ■



> Ralf Kusterer, Mdl Thomas Blenke (von links)



Versprochen ist versprochen

Ein Wahlprogramm ist eine Zusammenfassung, in welcher kurz- und mittelfristig angestrebte Inhalte und Ziele einer politischen Partei formuliert sind. Absichtserklärungen dieser Art werden basisdemokratisch gefasst und sollen für eine kommende Legislaturperiode gelten. Ein Wahlprogramm wird wenige Monate vor einer Wahl beschlossen und als Richtschnur für den bevorstehenden Wahlkampf genutzt. Die oft außenwirksam und medial inszenierten Inhalte dienen den politischen Parteien als Werbung und nicht zuletzt als Mittel zur Profilierung, um sich von anderen politischen Parteien abzuheben. So weit, so gut.

Schafft es eine Partei mit ausreichend Stimmen an die alleinige Regierung, steht der Umsetzung der im Wahlprogramm fixierten Ziele nichts mehr im Weg. Theoretisch zumindest. Voraussetzung ist, dass in den beschließenden Gremien ausreichend Mehrheiten für eine zu treffende Entscheidung vorhanden sind. Kommt eine Partei nach einer Wahl nicht allein an die Regierung, muss sie in Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien treten. Bei der Verfolgung der im Wahlprogramm formulierten Ziele müssen die Koalitionspartner höchstwahrscheinlich Abstriche machen und Kompromisse eingehen. Soweit zwei völlig gegensätzliche Meinungen zu einem bestimmten Thema aufeinandertreffen, kann ein Kom-

promiss in dieser Sache gar unmöglich werden.

Nach den Koalitionsverhandlungen zeigt sich, welche der in den schillernd bunten Wahlprogrammen enthaltenen Ziele es tatsächlich in den Koalitionsvertrag geschafft haben und welche Partei sich durchsetzen konnte. Spannend bleiben Fragen, ob die zustande gekommene Regierung in der darauffolgenden Legislaturperiode auch tatsächlich versuchen wird, ihre im Koalitionsvertrag verbrieften Pläne umzusetzen. Bleiben die an der Regierung beteiligten Partner bei einzelnen Themen noch so ehrgeizig wie vor der Wahl angekündigt oder verfallen sie aus gegenseitiger Rücksichtnahme in Symbolpolitik?

„Versprochen ist versprochen und wird auch nicht gebrochen“, sagt schon der Volksmund. Manche im Wahlkampf postulierten Absichten geraten im Laufe einer politischen Ära in Vergessenheit. Weil sie etwa von aktuellen Krisen überschattet oder von anderen Themen mit breiterem öffentlichen Interesse beiseitegedrängt werden. Die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Politik taucht in der Berichterstattung und in politischen Gesprächen deshalb immer wieder auf. Insbesondere die Einhaltung von Wahlversprechen wird oftmals infrage gestellt.

Wir haben vor den baden-württembergischen Landtagswahlen am 13. März 2016 in die Wahlprogramme der im Landtag Baden-Württemberg vertretenen Parteien geschaut und konkrete Vorhaben und Versprechen hinsichtlich des öffentlichen Dienstes, der Polizei und zum Themenkomplex Innere Sicherheit für unsere Mitglieder aufbereitet.

Selbst wenige Tage vor den baden-württembergischen Landtagswahlen am 13. März 2016 kann niemand genau und umfassend vorhersagen, ob die Parteien ihre im Wahlkampf angepriesenen Versprechen einhalten. Jeder POLIZEISPIEGEL-Leser ist aber aufgefordert, zur Wahl zu gehen und zu entschei-

den, welcher Partei er am ehesten zutraut, die Innere Sicherheit im „Ländle“ zu gewährleisten und die berechtigten sozialen und berufspolitischen Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

Ein paar Versprechen unsererseits gibt es, die auch über die anstehende Landtagswahl Bestand haben: Die DPoIG-Mandatsträger lassen nicht locker! Gemeinsam mit den Interessenvertretern des baden-württembergischen Beamtenbund Tarifunion (BBW) lassen wir es nicht zu, dass die Interessen der Bediensteten der Polizei, der Berufsfeuerwehren und des öffentlichen Dienstes insgesamt im Laufe der kommenden Legislaturperiode in Vergessenheit geraten. Wir erinnern die innenpolitischen Sprecher der Parteien und Fraktionen daran, wenn angekündigte wichtige berufs- und innenpolitische Themen nicht auf die politische Agenda genommen oder nicht angemessen als Nischenthema behandelt werden sollen. Und am Ende der Legislaturperiode 2016–2021 ziehen wir erneut Bilanz – versprochen ist (bei uns) versprochen!

Sven Heinz,
Mitglied der Landesleitung



„Gemeinsam. Zukunft. Schaffen.“

- > bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie im öffentlichen Dienst
- > für eine leistungsfähige und moderne Verwaltung
- > das Land als attraktiver Arbeitgeber zur Gewinnung bester Nachwuchskräfte
- > faire Partnerschaft mit Beamten und Angestellten

- > Erhalt von Tarifautonomie und Berufsbeamtentum
- > Wertschätzung und Anerkennung für Leistung des öffentlichen Dienstes
- > valide Vereinbarung mit den Gewerkschaftsverbänden für die gesamte Legislaturperiode
- > Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung
- > Prüfung, ob Sonderregelungen der Beihilfe beseitigt werden können
- > Anpassung von Vergütung, Besoldung und Versorgung an wirtschaftlicher Entwicklung

- > inhaltliche und zeitgleiche Übernahme von Tarifabschlüssen
- > Verzicht auf sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse
- > Sicherheit der Bürger und der Schutz vor Straftaten sind Kernaufgaben landespolitischer Verantwortung
- > Baden-Württemberg soll wieder sicheres Bundesland werden
- > Bekenntnis zu Bediensteten der Polizei, Richtern, Staatsanwälten und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes
- > Einbruchskriminalität erfolgreich bekämpfen und Präventionsarbeit stärken

- > Einsatz modernster Techniken wie automatisches Kennzeichenlesesystem an Autobahnen, der Vorratsdatenspeicherung und Ausstattung der Polizei mit moderner IT-Prognosesoftware
- > offensichtliche Mängel der Polizeireform schnellstmöglich beheben
- > Durchführung einer Mitarbeiterbefragung bei der Polizei
- > Anzahl und Zuschnitt der überdimensionierten Polizeipräsidien überprüfen mit Ziel einer maßvollen Erhöhung der Präsidien
- > Ausbildungsstandorte für Nordbaden



- und Nordwürttemberg wieder einrichten
- die Polizei um 1 500 zusätzliche Stellen verstärken
- mehr Polizei in der Fläche
- die Besoldungsstrukturen weiter verbessern
- für zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten sorgen
- die technische Ausstattung auf dem neuesten Stand halten



„Der nächste Schritt für unser Land.“

- auch in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter für die öffentliche Verwaltung sichern
- Frauen für eine Ausweitung ihrer Berufstätigkeit und
- ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ein längeres Verbleiben im Beruf gewinnen
- durch leistungsgerechte Ausstattung und Bezahlung sowie
- durch attraktivere Angebote für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- die von der grün-roten Landesregierung verfügte Absenkung der Eingangsbesoldung für Nachwuchsbeamte und -richter rückgängig machen

- Leerstellen als Ersatz für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Elternzeit schaffen
- Beibehalten und Aufstockung des Freiwilligen Polizeidienstes
- gesetzliche Grundlage schaffen, um gegen alkoholbedingte Straftaten und Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum vorzugehen
- Jugendkriminalität reduzieren und Gewalt gegen Polizei ächten

- attraktive Einstellungsbedingungen für junge Beamte und Richter anbieten
- die 2005 begonnene Verwaltungsreform konsequent weiterführen und die Verwaltungsorganisation weiter optimieren
- Aufbau behörden- und arbeitsplatznaher Kinderbetreuungsangebote
- Entwicklung neuer Formen des mobilen Arbeitens und noch flexiblerer Teilzeitmodelle, die auch die Wahrnehmung von Führungsämtern in Teilzeit realistisch machen
- die völlig überzogene Reform des Personalvertretungsrechts, die in allen Behörden des Landes und der Kommunen nachhaltig unnötige Kosten verursacht, rückgängig machen
- an den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums in allen Bereichen hoheitlicher Staatstätigkeit festhalten. Dieser Grundsatz schließt einzelne Reformen des Beamtenrechts nicht aus

- pro eigener Straftatbestand für Gewalt gegen Polizeibeamte sowie Angehörige von Feuerwehr und Rettungsdiensten
- Gegen Einführung einer Kennzeichnungspflicht
- Einsatz von Bodycams für besseren Schutz unserer Polizeibeamten
- Terrorismus wirksam begegnen
- Verfassungsschutz operativ und personell besser ausstatten

- die technische Ausstattung der Landesbehörden modernisieren und für zeitgemäße und gut ausgestattete Arbeitsplätze sorgen
- E-Government und E-Justice zu Erfolgsmodellen entwickeln.
- die Innere Sicherheit – also der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren und Bedrohungen sowie die Verfolgung begangener Straftaten durch die Polizei – ist eine Kernaufgabe des Staates
- die Polizei in der Fläche durch insgesamt 1 000 neue Stellen vor allem in den 146 Polizeirevieren verstärken
- die technische Ausstattung der baden-württembergischen Polizei mindestens halten
- die Polizei von polizeifremden Aufgaben entlasten
- die von Grün-Rot beschlossene Polizeistrukturreform zeitnah evaluieren und

- am Einsatz von Vertrauenspersonen festhalten
- konsequente Verfolgung verfassungsfeindlicher, extremistischer Gruppierungen
- Erhalt und Stärkung der vier Regierungsbezirke und der vier Regierungspräsidien
- Stärkung des Justizvollzugs
- Schaffung zusätzlicher Stellen für mehr Polizeipräsenz in den Erstaufnahmeeinrichtungen und für die Durchführung von Abschiebungen

- die notwendigen Korrekturen vornehmen.
- notwendige Ressourcen zur Bekämpfung der zunehmenden Zahl von Wohnungseinbrüchen bereitstellen und bessere Kooperationen zur internationalen Bekämpfung angehen
- Maßnahmen gegen das ausufernde Auspähen privater Daten und gegen Wirtschaftsspionage ergreifen
- Aufnahme einer Regelung ins Polizeigesetz, die Videoaufnahmen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen präzisen Regeln unterwirft. Eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir aus Datenschutzgründen ab
- polizeirechtliche Alkoholverbote sind in der Regel kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr. Die Regelung der Sperrzeiten für Gaststätten obliegt den zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern



„Grün aus Verantwortung.“

- Drogenpolitik: Prävention statt Verbote
- für die Einführung eines bundesweiten Cannabis-Kontrollgesetzes
- pro legale Abgabe von Cannabis durch öffentlich-rechtliche Stellen unter Berücksichtigung des Jugendschutzes
- Kurzfristige Festsetzung der „geringen Menge“ für Cannabis auf zehn Gramm
- für örtliche Präventionsangebote und gegen pauschale räumliche und zeitliche Alkoholkonsum- und Alkoholverkaufsverbote
- Sperrzeiten für die Gastronomie abschaffen
- intelligentes Mobilitätsmanagement bei der öffentlichen Verwaltung durch den Einsatz von Pedelecs, die Nutzung von Carsharing und durch Jobtickets für den ÖPNV
- öffentliche Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums für mehr Transparenz bei Vorgängen des Verfassungsschutzes
- Verfassungsschutz auf Basis einer umfassenden Aufgabenkritik von Grund auf neu aufstellen und ausrichten
- Schwerpunkte auf Beobachtung gewaltorientierter Gruppen, insbesondere Rechtsextremisten und islamistischer Terrorismus
- keine nachrichtendienstliche Beobachtung nicht-gewaltorientierter Organisationen und Personen

- weitgehender Verzicht auf das Führen von V-Leuten
- Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz
- Abschiebehaft perspektivisch abschaffen und durch mildere Mittel (zum Beispiel Meldeauflagen) zu ersetzen
- für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der öffentlichen Unternehmen
- mit neuem Chancengleichheitsgesetz Frauen in der öffentlichen Verwaltung und Justiz fördern
- Beschäftigte bei der Vereinbarung von Familien- und Pflegearbeit mit dem Beruf unterstützen
- alle Gremien, in die das Land Personal entsendet, zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzen
- Entwicklung eines Monitorings für Chancengerechtigkeit in der öffentlichen Verwaltung
- bei den rund 8 000 landeseigenen Liegenschaften, darunter Polizeidirektionen (Anm. DPoIG: so übernommen), durch Sanierungen Strom- und Heizkosten sowie den CO₂-Ausstoß senken
- Evaluation der Polizeireform: Die Organisationsstrukturen der Polizei müssen sich immer wieder an neue Anforderungen anpassen, um zukunftsfähig zu bleiben
- Qualitativ hochwertige Ausbildung, eine moderne Ausstattung und Ausrüstung der Polizei sowie für eine zeitgemäße Einsatz- und Kriminaltechnik.

- spezifische Aus- und Weiterbildung zur gestärkten Verfolgung von Internetkriminalität
- Einführung der zweigeteilten Laufbahn
- Prüfung, wie die Polizei vor vollzugsfremden Aufgaben entlastet werden kann
- das psychosoziale Gesundheitsmanagement bei der Polizei verbessern
- das Polizeigesetz überprüfen, modernisieren und eine dialogorientierte Polizeikultur fördern
- Einrichtung eines unabhängigen Bürgerbeauftragten beim Landtag
- zur Stärkung des Dialogs und des Vertrauens zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern eine individualisierte und anonymisierte Kennzeichnung der Polizei bei Demonstrationen und Großlagen einführen
- wir unterstützen die multikulturelle Öffnung der Landespolizei und wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen
- Frauen im Polizeiberuf gezielt fördern
- Gleichstellung von lesbischen und schwulen Polizistinnen und Polizisten und Schutz vor Diskriminierungen am Arbeitsplatz
- die Ausbildungskapazitäten der Polizei werden sukzessive erhöht. In den nächsten Jahren werden wir eine Einstellungs-offensive mit insgesamt 2 800 Ausbildungsplätzen umsetzen
- Ausbau von Präventionsprogrammen und Sicherheitsberatungen zum Schutz vor Wohnungseinbruchsdiebstahl

- bei der Abwehr von terroristischen Bedrohungen muss der Schwerpunkt auch künftig auf eine personell wie technisch gut ausgestattete Polizei gelegt werden
- präventive Ansätze zur Bekämpfung des Terrorismus stärken
- die polizeiliche Befugnis zur Videoüberwachung auf ausgewiesene Gefahrenstellen beschränken
- bürgerfreundliches Versammlungsgesetz für Baden-Württemberg mit Neuregelung der Eingriffsmöglichkeiten von Polizei und Behörden zum Schutz von Persönlichkeitsrechten
- eine Auswertung von Ton-, Bild- und Filmaufnahmen darf nur bei begründetem Verdacht auf eine Straftat durch Teilnehmer einer Versammlung erfolgen
- Fortsetzung der Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses. Aus der seitherigen Aufklärungsarbeit Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden ziehen
- geeignete Maßnahmen zur Modernisierung und Humanisierung des Strafvollzugs
- koordiniertes Zusammenwirken von Justiz und Polizei bei Opferschutz und Opferhilfe
- Im Bereich des Jugendstrafrechts stehen der Erziehungsgedanke und die Prävention im Mittelpunkt

SPD

„Baden-Württemberg leben.“

- > Wertschätzung der Einsatzbereitschaft und des Engagements der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
- > partnerschaftlicher Dialog mit dem Beamtenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung schließen
- > an der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber arbeiten
- > motivierten und engagierten Nachwuchskräften interessante Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten bieten
- > keine strukturellen Einschnitte bei den Versorgungsleistungen
- > die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst weiter verbessern
- > Absenkung der Eingangsbesoldung zurücknehmen

- > befristete Arbeitsverhältnisse dürfen im Landesdienst nur eine begründete Ausnahme sein
- > für die Weiterentwicklung des Tarif- und Mindestlohngesetzes
- > Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung weiter steigern
- > Justizvollzugseinrichtungen modernisieren und insbesondere die Therapie- und Arbeitseinrichtungen verbessern
- > dafür sorgen, dass die hoheitlichen Aufgaben von Justiz, Rechtspflege und Strafvollzug in öffentlicher Hand bleiben
- > kleine Amtsgerichte erhalten
- > im Umgang mit jugendlichen Straftätern auf Prävention und gute Sozialarbeit setzen und die Häuser des Jugendrechts weiter ausbauen
- > die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben, weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes kritisch überprüfen
- > an der Sensibilisierung der Exekutivkräfte, wie zum Beispiel der Landespolizei, arbeiten, um das Vertrauen der LSBTTIQ-Community gegenüber den Exekutivkräften zu stärken
- > Stellen für Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner LSBTTIQ in den betroffenen Institutionen schaffen
- > Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form bekämpfen
- > Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und der Nationalen Anti Doping Agentur intensivieren
- > Alkoholverkaufsverbote ab 22 Uhr abschaffen
- > gegen Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen
- > Bei der Polizei die zweigeteilte Laufbahn bis Ende 2021 vollständig umsetzen
- > ab 2018 sollen nur noch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für den gehobenen Dienst ausgebildet werden
- > eine Bodycam für Polizistinnen und Polizisten einführen
- > eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten bei Demonstrationen oder anderen Großereignissen einführen
- > einen Ausbildungsberuf und die Berufsbezeichnung der/des Polizeifachangestellten einführen
- > die Stellenstruktur im polizeilichen Nichtvollzug optimieren
- > die Modernisierung der technischen Ausstattung bei der Polizei fortsetzen
- > verstärkte Investition in operative und forensische Kriminaltechnik und Implementierung neuer Technologien unter dem Blickwinkel der Verbrechenbekämpfung
- > bedarfsorientierte Beschaffung der Einsatz-, Kriminal- und Verkehrstechnik sowie eine Verstärkung der dafür erforderlichen Finanzmittel
- > das Gesundheitsmanagement bei der Polizei sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern
- > möglichst viele Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewinnen
- > Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund dauerhaft auf hohem Niveau verstetigen
- > in eine bessere Ausstattung unserer Polizistinnen und Polizisten investieren, um Terrorismus effektiv zu begegnen
- > Offensivkonzept gegen Wohnungseinbruch fortsetzen

Quelle: Programme auf Seiten der Parteien oder unter <http://www.landtagswahl-bw.de/wahlprogramme.html>

Am Ende einer Legislaturperiode

Innenminister Reinhold Gall

+++ Wer seine Leistungen nur an der Polizeireform ausmacht, wird ihm nicht gerecht. Ob die anderen Submerkmale in der Leistungsbeurteilung das ausgleichen können, muss jeder Polizeibeschäftigte für sich selbst beantworten +++



Es gibt kein Thema, das politisch in der vergangenen Amtszeit so strittig diskutiert wurde, wie die Entscheidung des Innenministers zur Polizeireform. Es gibt kein Thema, in dem die politische Wahrnehmung

und Äußerungen aus Kreisen der Polizeiführung so weit von den Meinungen der Beschäftigten der Polizei auseinander lagen. Das Thema spaltet. Und es sorgte zumindest für gehörige Reibung zwi-

schen Minister und den DPoIG-Mandatsträgern. Und dabei hilft es nichts, wenn der DPoIG-Landesvorsitzende immer wieder darauf hinweist, dass man die Probleme anpacken müsse und nicht immer wieder alleine mit dem Wort Polizeireform jede weitere Diskussion fast unmöglich mache.

Und trotzdem. Zu einem fairen Stil gehört es sicher nicht, nur dieses eine „Submerkmal“ der Leistungsbeurteilung zu betrachten, sondern die gesamte Leistung in den Blick zu nehmen. Der Parlamentarier Gall war und ist sicherlich ein Innenminister, der es grundsätzlich gut mit seiner Polizei meinte.

Jemand, der überzeugt war von seinem Weg. Und leicht hatte er es sicher nicht. In diese Amtszeit fallen viele polizeiliche Herausforderungen, die zu den jeweiligen Entscheidungen für die Zukunft kaum absehbar waren. Und so muss man bei den einen oder anderen Entscheidungen dann auch entschuldigend würdigen, dass sie für den Moment dieser Entscheidung angelegt waren.

Positiv muss man erwähnen, dass es dem Innenminister gelungen ist, enorme Finanzmittel für die Polizei zu generieren, auch wenn diese zu großen Teilen in die Reform flossen. Leider reichten die Finanzmittel nicht aus und die Polizeibeschäftigten leisteten



durch Gehaltseinbußen und verzögerte Beförderungen selbst einen großen Beitrag für diese Haushaltsmittel. Auch wenn dieser Umstand mehr den Fehlleistungen des Finanzministers und des Ministerpräsidenten zuzuschreiben war.

Positiv muss man erwähnen, dass er die Kennzeichnungspflicht verhindert hatte. Dabei ist es vielleicht ein kleiner Wermutstropfen, wenn er dafür den Polizeibeauftragten mitunterstützte. Umso unverständlicher mag es jetzt sein, dass Innenminister Gall sich klar zur Kennzeichnungspflicht und dem im SPD-Programm enthaltenen Ziel bekennt. Auch wenn es vielleicht der Befriedung des SPD-Wählerklientel dienen soll und den Spagat zwischen Partei und Fraktion belegt.

Positiv muss man erwähnen, dass der Minister stets eine of-

fene Tür für die DPoIG und auch die von der DPoIG geführten Personalratsgremien hatte.

Positiv muss man erwähnen, dass er am Ende seiner Legislaturperiode selbst erkannt hat, dass die Polizei mehr Personal braucht. Und vielleicht würde er dies auch deutlicher sagen, wären da nicht die Erkenntnisse um fehlende Ausbildungskapazitäten und die Sorge, wie man denn das überhaupt schaffen soll.

Innenminister Gall hat zumindest auch einen Fehler aus der Anfangszeit erkannt, als er unter anderem Ausbildungsstellen im Haushalt strich und die unter der Vorgängerregierung begonnenen erhöhten Einstellungszahlen nicht fortführte.

Positiv muss man erwähnen, dass er zumindest bei den Tarifbeschäftigten die Beschlüsse

der Vorgängerregierung für Verbesserungen umgesetzt hat. Leider hat sich für die Tarifbeschäftigten weder bei der hohen Anzahl der Befristungen noch bei der finanziellen Situation der Beschäftigten viel getan.

Positiv muss man erwähnen, dass er zumindest Versuche unternommen hatte, die Beförderungssituation zu verbessern. Und hätte er bereits zu Beginn der Amtszeit auf die DPoIG gehört und nicht Hunderte von PHM- und PHM+Z-Stellen gestrichen, hätte es später nicht weiterer Ausgleichsmaßnahmen bedurft, die leider einige PHM-Kollegen nicht mehr erreichten.

Positiv muss man erwähnen, dass er sich zumindest bemüht hat, die Laufbahnanteile zu verbessern. Auch wenn es beim „untauglichen Ver-

such“ blieb und die Polizei sich längst in einer Entwicklung befindet, die den Anteil im mittleren Dienst enorm ansteigen lässt und man weit entfernt ist von einer zweigeteilten Laufbahn.

Wenn man mal die Polizeireform weglassen würde sowie die Absenkung der Eingangsbeholdung und die verzögerten Gehaltsanpassungen und die Einschnitte im Gesundheitswesen und ..., wäre Gall eigentlich der geeignete Innenminister gewesen.

Ob das hier beispielhaft genannte ausreicht, um bei der polizeilichen Beurteilung das schlechte Ergebnis im Submerkmal „Polizeireform“ auszugleichen, werden die Beschäftigten der Polizei beurteilen und vermutlich danach auch ihr Kreuzchen am Wahltag machen. ■

Tagung des Bezirksverbandes Tuttlingen

Am 18. Januar 2016 trafen sich die Delegierten der Kreisverbände Balingen, Freudenstadt, Rottweil, Tuttlingen und Schwarzwald-Baar-Kreis zur konstituierenden Sitzung des Bezirksverbandes Tuttlingen im Gasthaus Lorettohöhe in Villingen.

Auf der Tagesordnung stand in erster Linie die Wahl eines Bezirksverbandsvorsitzenden sowie die Wahl einer Vertretung der Tarifbeschäftigten und der Frauen.

Zum Bezirksverbandsvorsitzenden wurde einstimmig Jürgen



> Vorsitzender mit Stellvertretern: Michael Müller, David Schwarz, Jürgen Vogler, Werner Scholz, Sandra Plätke, Dieter Popp (von links)



> Tarif- und Frauenvertreterin mit Vorsitzenden: Ralf Kusterer, Landesvorsitzender, Andrea Hofmann, Bezirkstarifvertreterin, Jürgen Vogler, Bezirksverbandsvorsitzender, Michaela Buschle, Bezirksfrauenvertreterin (von links)

Vogler gewählt. Nachdem sich die Delegierten einig darin waren, aus jedem Kreisverband einen Stellvertreter zu wählen, wurden jeweils einstimmig zu gleichberechtigten Stellvertretern gewählt:

KV Balingen: Sandra Plätke

KV Freudenstadt:

Werner Scholz

KV Rottweil: David Schwarz

KV Tuttlingen: Dieter Popp

KV Schwarzwald-Baar:

Michael Müller

Zur Bezirkstarifvertreterin wurde Andrea Hofmann vom KV Tuttlingen und zur Bezirksfrauenvertreterin Michaela Buschle, ebenfalls KV Tuttlingen, gewählt. Die Wahlen wurden vom Landesvorsitzenden Ralf Kusterer durchgeführt, welcher im Anschluss daran kurz auf ein paar gewerkschaftspolitische Themen einging und den im November vergangenen Jahres durchgeführten Delegiertentag Revue passieren ließ. ■

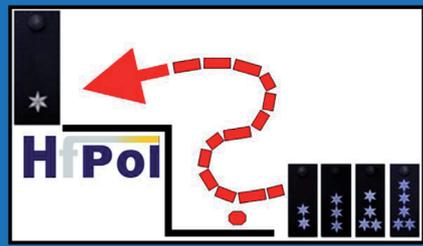


DPOLG



„FIT FOR TEST“

„Zulassung zum gehobenen Dienst“



gratis CD mit
Unterlagen
für Selbststudium

Das Zulassungsverfahren
Ralf Kusterer, Landesvorsitzender

Der Zulassungstest
Möglichkeiten der Vorbereitung
Jürgen Engel, Stellv. Landesvorsitzender

Infoveranstaltungen 2016

Göppingen/Bruchsal/Lahr/Ulm/Waiblingen/Ludwigsburg/Konstanz/
Heilbronn/Villingen-Schwenningen/Freiburg/Reutlingen/Stuttgart

alle Termine auf:
dpolg-bw.de

DPoIG-Wonneproppen: Web-Sieger des Jahres 2015

Aus allen Wonneproppen-Monatsiegern des letzten Jahres haben unsere Leserinnen und Leser den „Wonneproppen des Jahres 2015“ gewählt.

Die **Zwillinge Hugo und Franz Riecher** haben die meisten Klicks erhalten und sind Web-Sieger des Jahres 2015.

Herzlichen Glückwunsch an die Web-Sieger-Babys Hugo und Franz und an die Eltern, welche von der DPoIG ein Präsent gewonnen haben. ■

